

# Josif denkt nicht an den Rücktritt.

Z Budapest, 22. August. (Priv.-Tel.) Die Situation ist nach wie vor ungeklärt. Noch immer schwirren Krisengerüchte in der Luft. Man spricht davon, daß die Regierung des Erzherzogs Josef gestern schon fest zur Demission entschlossen gewesen wäre, daß aber angesichts der gegenwärtigen verworrenen Lage der Dinge doch jene Minister im Kabinett die Oberhand behielten, die von einem Rücktritt nichts wissen wollen. Nach den von der Regierung verbreiteten und auch sicherlich auf Wahrheit beruhenden Informationen denkt Erzherzog Josef aber keineswegs an einen Rücktritt, sondern sein Kabinett arbeitet eifrig an der Vorbereitung der Wahlen und läßt sich davon auch nicht durch die Verjagung der Anerkennung der Entente abbringen. Erzherzog Josef empfängt den ganzen Tag Besuche, um sich über die Situation zu informieren, und macht bei solchen Anlässen stets auch Äußerungen über seine Position, die auf alles eher als auf Rücktrittsabsichten schließen lassen.

In einem Interview erklärte Erzherzog Josef heute:

„Wenn von einer Krise gesprochen wird, so tun das die, die eine solche heraufbeschwören wollen. Die Regierung geht unbekümmert um alle diese Dinge ruhig ihren Weg weiter auf das Ziel los, das von allen momentan das wichtigste ist: Die Vorbereitung der Neuwahlen. Die Durchführung der Wahlen ist so wichtig und notwendig, daß dagegen die Erlangung der Anerkennung unserer Regierung durch die Entente und die Uebermittlung der Friedensbedingungen zurückstehen müssen. Dafür ist nach den Wahlen noch immer Zeit und die Entente wird einer Regierung, die aus den Neuwahlen hervorgegangen ist, die Friedensbedingungen gewiß nicht mehr verweigern.“

## Erzherzog Josef und die Presse.

Heute empfing Erzherzog Josef den Präsidenten der Journalistenorganisation, Chefredakteur Markus, der ihm über die gegenwärtige Lage der Presse in Ungarn Mitteilungen machte. Markus erklärte, daß es momentan im Lande überhaupt keine Presse gebe. Ohne Presse sei aber ein Aufklärungsdienst, eine Beruhigung der Gemüter und eine Äußerung der öffentlichen Meinung ausgeschlossen. Unter allen Umständen müsse die Presse in ihrer vollen Freiheit wiederhergestellt werden. Erzherzog Josef erwiderte hierauf, daß er damit einer Meinung mit dem Präsidenten der Journalistenorganisation sei, bemerkte aber, daß es unter den Journalisten eine Reihe von Leuten gegeben habe, die an der Herausbeschwörung der gegenwärtigen Zustände nicht ganz ohne Schuld seien. Präsident Markus erklärte noch einmal, daß die Herstellung der Presse in Ungarn die erste Aufgabe der Regierung sein müsse, daß aber selbstverständlich diejenigen, die die Pressefreiheit mißbrauchten, streng zur Rechenschaft gezogen werden sollen.

Zwischen den Zeitungsherausgebern und der Regierung ist ein Konflikt entstanden, weil die Regierung das Rotationspapier der Verleger beschlagnahmt hat, was die Herausgeber als Einverleibung in das Recht des Privatbesitzes bezeichnen.

## Friedrich über die Lage.

Budapest, 22. August. Ministerpräsident Stephan Friedrich hat heute einen Redakteur des Ungarischen Telegrammen-Korrespondenzbureaus empfangen, dem er über die in

der Wiener Presse verbreiteten Krisengerüchte, und im allgemeinen über die Lage der Regierung, folgende Erklärung abgab:

Die Frage, ob eine Krise besteht, kann ich nur dahin beantworten, daß es eine Krise nur in den Augen derer gibt, die ständig eine Krise herbeiführen. Bis zum 20. September können sich wohl jene Politiker gedulden, die jetzt das Land um jeden Preis nach dem eigenen Rezept lenken wollen, denn am 20. September wird die Nation entscheiden. Jede Regierung, die im Wege der auf Grund des allgemeinen Stimmrechtes angeordneten Wahlen zustandekommen wird, wird durch jeden ausländischen Staat anerkannt werden, denn in diesem Falle wäre die Nichtanerkennung absurd. Es hat keinen Sinn, daß einzelne Politiker ununterbrochen die hier weilenden Ententeoffiziere nach verschiedenen Richtungen hin zu beeinflussen suchen, denn hierdurch werden die ohnehin chaotischen Zustände noch schwieriger. Es gibt keine Krise, es kann nur von Ungeduld die Rede sein. Die Nation wird ihre Politiker wählen und ich bin überzeugt, daß die großen Kornhäfen der Vergangenheit zum größten Teil kein Mandat erhalten werden.

Ob die Entente die Regierung anerkennt oder nicht, ist nicht die allerdringendste Frage, und es wird keine Katastrophe sein, wenn die sonst äußerst wünschenswerte Anerkennung sich bis zum 20. September verzögern wird. Was für ein Kabinett immer gebildet werden dürfte, die Intrigen würden nie ein Ende nehmen. All diesem können nur die Wahlen ein Ende machen.

## Rücktritt des Verweisers nach den Wahlen.

Bezüglich der Person des Verweisers kann es keinerlei Beunruhigung geben. Das ungarische Landwirtvolk hängt so sehr an der Person des Verweisers, daß keine Rede davon sein kann, daß er sich vor den Wahlen zurückziehe. Der Verweiser wird nach den Wahlen abdanken. Er wird sich zurückziehen und nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung nicht mehr fungieren. Betreffs der Staatsform wird bald nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung ein besonderes Plebiszit stattfinden. Die dummen, schredenerregenden Gerüchte, als ob wir am Stephanstag den Verweiser hätten krönen wollen, sind nichts als böswillige Lügen.

## Wohlwollen der Rumänen.

Von den Friedensverhandlungen ist noch nicht die Rede, denn selbst die Ernennung der Regierung ist bloß vom Gesichtspunkte der Friedensverhandlungen aus von Belang. Wir werden aber die Friedensverhandlungen selbst dann nicht veräumen, wenn die neue Regierung nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung zu Friedensverhandlungen eingeladen wird. Bis dahin können wir auch ohne Friedensverhandlungen existieren. Auch ist es nicht stichhaltig, daß die rumänische Besatzungsarmee der Regierung in welcher Hinsicht immer Schwierigkeiten in den Weg legen würde, denn das hier befindliche rumänische Militärkommando unterstützt die Bemühungen der Regierung mit dem größten Wohlwollen. Die Kommanden der Besatzungsarmee gehen in der forrefktesten Weise vor.

Der Ministerpräsident bezeichnet sodann die Gerüchte über den weißen Terror und die Judenverfolgungen als übertrieben, und schloß mit der Bemerkung, daß die sogenannten Herren Politiker, die ihre

weisen Ratschläge nicht bei der Regierung, sondern bei den Ententemissionen anbringen, nur wertlose Kateien loslassen.

## Auflösung der Szegediner Regierung.

Budapest, 22. August. Der Ausschuß der 48er und Unabhängigkeitspartei hielt heute nachmittags eine Sitzung ab, in der Desider Abraham über die Bildung und die Tätigkeit der Szegediner Regierung Bericht erstattete und erklärte, daß die Szegediner Regierung ihre Tätigkeit eingestellt habe, und alle ihre Organe und Truppen der Budapester Regierung zur Verfügung stelle.

## Jugoslawien gegen Habsburg. Eine Note an die Friedenskonferenz.

Laibach, 22. August. „Slovenec“ meldet aus Belgrad: Der Präsident der jugoslawischen Delegation in Paris Paschitsch hat der Friedenskonferenz folgende Note überreicht:

Erzherzog Josef und seine Umgebung stellen das Element des magyarischen Chauvinismus vor. Der Erzherzog ist ein Mitglied der Dynastie Habsburga, deren Haupt der gewesene Kaiser Karl war, der auf sein Herrscherrecht heute noch nicht verzichtet hat. Die Herrschaft des Erzherzogs Josef kann nichts anderes bedeuten als die Wiederherstellung der Autorität des Hauses Habsburga in den Donauländern. Dies würde aber für Jugoslawien und die anderen vom österreichisch-ungarischen Joch befreiten Völker eine Epoche ernster und größter Gefahr bedeuten. Im Jahre 1914 waren es die Habsburger, die durch ihre ungerechten Angriffe gegen die Serben den Weltkrieg hervorgerufen haben. Ihre Mißthaten würde auch die Rückkehr ihrer Verbündeten, der Hohenzollern, und damit jenes Regimes, das für den Weltkrieg verantwortlich ist, zur Folge haben. Deshalb erwartet das jugoslawische Volk, daß die Friedenskonferenz die Herrschaft des Erzherzogs Josef nicht anerkennen wird. Jugoslawien stellt zur Befolgung nachstehender Politik seine Mitwirkung zur Verfügung: Vor allem muß der ungarische Generalstab aufgelassen und das ungarische Heer, soweit es nicht zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung absolut notwendig ist, entkoppelt werden. Sodann soll eine Regierung eingesetzt werden, die den demokratischen Freien entnommen ist. Diese Regierung müßte unter ständiger Kontrolle der Verbündeten stehen, um Ruhe und Ordnung im Lande zu verbürgen.

## Die Korruption des Hun-Regimes.

Z Budapest, 22. August. (Priv.-Tel.) Die Verbäre der Polizei mit den verhafteten Kommunisten und Terroristen fördern ein ungeheures belastendes Material über die Art und Weise, wie die Hüneregierung mit den Menschenleben und dem Nationalvermögen gewüßelt hat. Es steht nunmehr fest, daß die Regierung Bela Kun nicht weniger als 28 Millionen blauen Geldes nur dazu verwendet hat, um in Szegedin einen gegen die dortige Nebenregierung gerichteten Streif zu inszenieren. 44 Millionen Kronen wurden für die Förderung des Außenhandels in Ausgabe gestellt; da es aber erwiesen ist, daß während des Regimes Bela Kun nicht um einen Heller ausländische Ware eingeführt wurde, kann man sich vorstellen, welchen Zwecken diese ungeheuren Summen zugeflossen sind.